

Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0146/2002 öffentlich 05.03.2002 05.03.2002	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform, Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Stärkung der Region Mittelhessen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt das Konzept Regionalverband Mittelhessen der SPD und das Positionspapier von Bündnis 90/Die Grünen (s. Anlage) und fordert den Magistrat auf, über die Stärkung der Region Mittelhessen zunächst mit den Landkreisen Marburg-Biedenkopf, Gießen, Limburg-Weilburg, Lahn-Dill und Vogelsberg sowie mit den Sonderstatusstädten Gießen und Wetzlar auf dieser Grundlage Verhandlungen aufzunehmen. Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Vertreter der Stadt Marburg in der Regionalversammlung werden aufgefordert, durch entsprechende Antragstellung auch in der Regionalversammlung tätig zu werden.

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat der Stadt Marburg,

1. sich für eine Umbenennung des Regierungspräsidiums Gießen in „Regierungspräsidium Mittelhessen“ einzusetzen.
2. sich für eine bessere personelle Vertretung der Sonderstatusstädte in der Regionalversammlung einzusetzen.
3. auf Grundlage der o.g. Papiere die Gründung einer Initiative vorzubereiten, die die regionalen Akteure für Mittelhessen zusammenfasst.

Der Magistrat wird aufgefordert, über seine sämtlichen Aktivitäten im Hinblick auf die Entwicklung der Region Mittelhessen regelmäßig im zuständigen Ausschuss für Verwaltungs- und Regionalreform zu berichten.

Begründung:

Die diesem Antrag zugrunde liegenden Papiere zur Entwicklung der Region Mittelhessen bieten eine gute Grundlage für die Überwindung der innerregionalen Konkurrenz und die Stärkung der Region nach außen.

Das notwendige Maß an Prozessoffenheit und die Verhinderung der Schaffung einer neuen Administration sind darüber hinaus gewährleistet. Gleichzeitig werden die regionalen Akteure – von den Sozialpartnern über die Hochschulen bis zu den Frauenbeauftragten – mit einbezogen.

Eine wesentliche Stärke ist ferner, dass es der Rolle der drei Sonderstatusstädte Marburg, Gießen und Wetzlar gerecht wird.

gez. Dr. Kerstin Weinbach gez. Norbert Schüren gez. Dietmar Göttling

gez. Elke Neuwohner

2 Anlagen

Positionspapier SPD

Positionspapier Grüne